

Noch nicht über dem Berg

In Argentinien hat die Nachdiktaturzeit begonnen

Am 14. Mai wurde der argentinische Präsident Carlos Menem mit einer überraschend hohen Stimmenzahl im Amt bestätigt. Er konnte damit die Früchte seines wirtschaftlichen Stabilisierungskurses ernten, durch den vor allem die Inflation gebändigt wurde. Bei der Aufarbeitung der teilweise düsteren Vergangenheit unter der Militärdiktatur geht man in Argentinien pragmatisch vor; auch die katholische Kirche muß sich derzeit mit ihrer Rolle unter der Herrschaft der Militärs auseinandersetzen.

In einer Umfrage im Frühjahr 1995 stellte das argentinische Nachrichtenmagazin „Noticias“ einigen Durchschnittsfamilien in Buenos Aires die Frage, wie die privaten Haushalte mit der derzeitigen wirtschaftlichen Krise des Landes umgingen. Die Antworten fielen unterschiedlich aus. Eine Familie berichtete, daß sie nun doch die älteste Tochter nicht wie geplant auf eine Privatschule schicken werde, weil das Geld dafür nicht reiche. Eine andere gab an, man werde den geplanten Kauf des Zweitwagens wohl oder übel um ein Jahr zurückstellen müssen. Wieder eine andere Familie erklärte, das beste Mittel zur Anpassung an die Krise sei, weniger auswärts essen zu gehen und die Kreditkarte nicht mitzunehmen – andernfalls mache man zu viele Schulden und das sei im Moment einfach nicht drin.

Die Antworten dieser Durchschnitts-Argentinier verraten viel über den gegenwärtigen Zustand ihres Landes. Die Lage ist ernst, aber im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas beinahe paradiesisch. Daß es der Mehrheit der Argentinier in wirtschaftlicher Hinsicht vergleichsweise gut geht, ist ihnen auch durchaus bewußt. Dazu tragen nicht nur die täglichen Fernsehberichte über die ungleich schwierigere Lage in Nachbarländern wie Bolivien und Paraguay bei. Wichtiger noch ist die eigene Erinnerung an die Zeit der Hyperinflation, von der die Argentinier oft drastische Beispiele erzählen.

Eine junge Frau aus der gehobenen Mittelklasse etwa berichtet mit Schaudern davon, wie sie allmonatlich die Rente ihrer Großmutter nach langem Schlangestehen am Postschalter abholte, das dicke Bündel Geldscheine einpackte, damit zum nächsten Supermarkt rannte, um rasch noch vor der nächsten Runde der Preiserhöhungen die wichtigsten Lebensmittel für die alte Dame zu ergattern. Oft genug kam sie zu spät; die Preisschilder an den Regalen hatten wieder zwei Nullen mehr, und die Rente reichte gerade noch für ein Brot.

Die Erinnerung an diese Zeit der Verunsicherung war es vor allem anderen, die Argentinien's Präsident *Carlos Menem* bei den Präsidentschaftswahlen am 14. Mai dieses Jahres die überraschend deutlich ausgefallene Bestätigung im Amt sicherte. Mit 49,4 Prozent der Stimmen erreichte der pragmatische Erbe des Peronismus ein noch besseres Ergebnis als bei seiner ersten Wahl im Jahre 1989. Damals war Menem auf 47,3 Prozent der Stimmen gekommen. Auch im neuen Kongreß verfügt der Präsident mit 135 von 157 Abgeordneten über eine solide absolute Mehrheit.

Die Wiederwahl Menems, sie ist bereits die dritte demokratische Präsidentschaftswahl seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1983, markiert für Argentinien das Ende einer Epoche. Die „Nachdiktaturzeit“, also die Phase der politischen und wirtschaftlichen Normalisierung nach der Herrschaft der Generäle ist abgeschlossen, die Normalität hat begonnen. Von nun an werden Politiker daran gemessen, ob es ihnen genügt, die Preise stabil und die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten, ob die öffentlichen Dienste funktionieren und die Ausbildungsmöglichkeiten für alle Schichten besser werden. Menem hat den Wahlkampf mit dieser Aussicht auf Normalität, Sicherheit und Überschaubarkeit geführt, und er hat gewonnen.

Das Ende einer Epoche

Offenbar hat die Mehrheit ihm und seinem Wirtschaftsminister *Domingo Cavallo* die Stabilisierung der Währung und die Bändigung der Inflation als überragende Leistung honoriert. Im März 1991 hatte Cavallo die Eins-zu-Eins-Parität des Peso zum US-Dollar durchgesetzt und damit den grundlegenden, oft mit Härten verbundenen Schritt gegen die Inflation gewagt. Von diesem Zeitpunkt an war die argentinische Industrie gezwungen, preiswerter und besser zu produzieren, wenn sie überhaupt noch etwas exportieren wollte. Das bequeme Ausweichen auf international niedrigere Preise durch eine schwache Währung war nicht mehr möglich.

Wichtiger noch war das abrupte Ende der Kapitalflucht in den Dollar. Das Geld blieb im Lande und wurde investiert – mit beachtlichen Erfolgen. So wuchs etwa allein der Autoexport aus Argentinien in die Nachbarländer seit 1991 um das Dreifache an. Vor allen Dingen aber blieben die Gehälter der unteren und mittleren Einkommensschichten stabil, ja, es gab sogar wieder die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen, was während der Hyperinflation schlicht unmöglich gewesen war.

Nachdem also Cavallos Roßkur in ihrer ersten Phase die gewünschte Wirkung gezeigt hat, scheint die Mehrheit der Bevölkerung bereit, auch die nächsten Schritte zu einer gesunden Wirtschaftsentwicklung mitzugehen. Dazu gehören als neuerliche schmerzliche Einschnitte weitere Privatisierungen, ein noch konsequenterer Abbau von überflüssigen Stellen und öffentlichem Dienst, aber auch expansive Maß-

nahmen wie eine Ausbildungs-offensive an den Schulen und Universitäten des Landes.

Im Wahlkampf hatte bezeichnenderweise sogar Menems schärfster Konkurrent *José Octavio Bordón*, die Dollar-Peso-Parität nicht in Frage gestellt, wohl wissend, daß gerade die „kleinen Leute“ das Ende der Hyperinflation als eine Wohltat empfinden. Hinter Bordón steht das Mitte-Links-Bündnis Frepaso (*Frente Pais Solidario*). In ihm haben sich von linken Christdemokraten bis hin zu trotzkistischen Gruppen alle möglichen Strömungen versammelt, die den Neoliberalismus als gemeinsamen Feind bekämpfen.

Ihr Vorwurf gegen Menem, er opfere die Sozialpolitik auf dem Altar der Stabilität, hat immerhin ein knappes Drittel der Wählerschaft motivieren können, für eine „solidarischere“ Politik zu stimmen, der allerdings klare Konturen bislang fehlen. Der dritte Kandidat für die Präsidentschaft, *Horacio Massaccesi* von der links-bürgerlichen Traditionspartei UCR (*Unión Civica Radical*) hat als einziger gewagt, neben dem Sparkurs der Regierung auch die Dollar-Peso-Parität anzugreifen und dafür mit einem blamablen Stimmenanteil von 16,5 Prozent – dem schlechtesten Ergebnis für die UCR seit Menschengedenken – die Quittung erhalten.

In der argentinischen Presse wird bereits spekuliert, ob mit dieser vernichtenden Niederlage das Ende des traditionellen Parteiengefüges eingeläutet ist, in dem Peronisten und „Radikale“ den Ton angeben, wann immer die Militärs einmal gerade nicht die Macht übernommen hatten. Die Parallele zu Peru, wo wenige Wochen vor Menems Wiederwahl *Alberto Fujimori*, auch er ein Pragmatiker und „Neoliberaler“, mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde und alte Traditionsparteien zur Bedeutungslosigkeit absanken, ist nicht zu übersehen. Bezeichnenderweise verwenden die politischen Kommentatoren in Argentinien in jüngster Zeit für die politische Strömung des Präsidenten immer häufiger das Wort „Menemismus“ und meinen damit jene besondere Mischung von Pragmatismus und neoliberaler Härte, die Menem zu seinem Programm gemacht hat.

Mit „Peronismus“, also der staatsdirigistischen Wirtschaftsform des Parteigründers Perón, hat dies in der Tat wenig zu tun. Nur die Zielgruppe haben Menemismus und Peronismus gemeinsam: die „kleinen Leute“, die am eigenen Leib zu spüren bekommen, ob eine Wirtschaftspolitik gut ist oder nicht. Diese Stammwählerschaft hat Menem ebenso rasch für seine Stabilitätspolitik eingenommen, wie Perón sie einst mit unbezahlbaren Wohlfahrts-Programmen gewinnen konnte. Nach Untersuchen von Meinungsforschungsinstituten hat Menem in diesen Schichten noch besser abgeschnitten als im Bevölkerungsdurchschnitt. Aus der Unterschicht stimmten 62 Prozent für ihn, selbst unter den Erwerbslosen brachte er es auf 52 Prozent – ein Erfolg, der sicher nicht allein mit der sprichwörtlichen Treue der peronistischen Stammwählerschaft zu erklären ist.

Daß Menems Triumph bei der Wahl so deutlich ausfallen würde – er erhielt neun Prozent mehr Stimmen, als zu seiner

Wiederwahl notwendig gewesen wären – hat nicht wenige Beobachter überrascht. Noch kurz vor der Wahl hatten die Auswirkungen der mexikanischen Wirtschafts- und Währungskrise (der sogenannte Tequila-Effekt) die argentinische Wirtschaft erschüttert. Erstmals seit Einführung der Peso-Dollar-Parität setzte wieder eine Kapitalflucht großen Ausmaßes ins Ausland ein. Zeitungen sprachen von über fünf Milliarden Dollar, die quasi über Nacht abgezogen wurden. Mehrere Provinzen konnten die Gehälter der öffentlichen Bediensteten, mit deren Zahlung sie bereits seit Monaten im Rückstand lagen, überhaupt nicht mehr zahlen. Zu allem Überfluß kollabierten noch einige Privatbanken, die Börse verlor an einem Tag fast zehn Prozent, und in der Stadt Ushuaia (Feuerland) kam bei Arbeiterunruhen ein Mann ums Leben. Über alledem tauchte noch das Gespenst einer Rezession am Horizont auf, nachdem im April die Verbraucherpreise um 0,4 Prozent gefallen (!) und das Wirtschaftswachstum deutlich zurückgegangen war.

Der Tequila-Effekt ist überstanden

In der gefährlich zugespitzten Lage überließ es Menem seinem Wirtschaftsminister Cavallo, das angeschlagene Schiff wieder in ruhigere Gewässer zu bringen. Dieser nutzte das lange Wochenende der Osterfeiertage zu einer weitgehenden *Umstrukturierung des Bankenwesens*. Er verordnete den am meisten angeschlagenen Banken eine 30tägige Schließung und verkündete gleichzeitig die Schaffung eines staatlichen Fonds zur Sicherung der Bankeinlagen der kleinen und mittleren Sparer. Als die Argentinier aus dem Osterurlaub heimkamen, kehrte auch das Kapital wieder massenhaft zurück auf die Bankkonten. Cavallos Zusagen wurde geglaubt, die akute Krise war gemeistert.

Wenig später bescherten die internationalen Konzerne Fiat und General Motors der Regierung noch ein zusätzliches Ostergeschenk, indem sie die Errichtung zweier großer Autofabriken im Raum Córdoba und im Raum Buenos Aires ankündigten. Die Aussicht auf die damit verbundene Schaffung von mehreren tausend Arbeitsplätzen gab dem Optimismus neue Nahrung, und auch die argentinische Börse erholte sich wieder. Der Internationale Währungsfonds tat ein übriges und stellte zusätzlich Kredite in Aussicht.

Angesichts des geschickten Krisenmanagements und seiner Wirtschaftspolitik der harten Hand verwundert es nicht, daß Cavallo zugleich einer der am meisten respektierten und der meistgehassten Politiker Argentiniens ist. Er steht bei Freunden und Gegnern in dem Ruf unbedingter Korrektheit und Unbestechlichkeit – Eigenschaften, die nicht vielen Gefolgsleuten in Menems Lager nachgesagt werden. Cavallos Stellung als Wirtschaftsfachmann erscheint nahezu unangreifbar, dem deutschen Beobachter drängt sich leicht das Bild von einem „argentinischen Ludwig Erhard“ auf, der allein in seiner Person und seiner fach-

lichen Kompetenz das wirtschaftliche Wohl des Landes zu garantieren vermag.

Selbst seine politische Vergangenheit gereicht Cavallo bei seinen Bewunderern nicht zu Schaden. Am Ende der Militärdiktatur stand er an der Spitze der Zentralbank und sorgte dafür, daß die argentinische Industrie auf den internationalen Finanzmärkten kreditwürdig blieb. Dieses besondere patriotische Verdienst wird ihm bis heute kaum je zum Vorwurf gemacht. Die Durchschnittsargentinier sind froh, daß sie neben der Unfreiheit während der Diktatur nicht auch noch die Folgen einer internationalen Kreditsperre für ihre Industrie ertragen mußten.

Die Nachsicht für Cavallos politische Vergangenheit ist symptomatisch für die derzeitige Haltung der argentinischen Bevölkerung zu dem jüngsten dunklen Kapitel in der Vergangenheit ihres Landes, das nun etwas mehr als ein Jahrzehnt zurückliegt. Es scheint die Haltung vorzuherrschen: „Wir sind froh, daß es vorbei ist und wollen den Blick nach vorne richten.“ Dieser Stimmung entspricht Präsident Menem, indem er öffentlich Nachsicht mit denen fordert, die während der Diktatur von 1976 bis 1983 Verfehlungen begangen haben. Dies hat zwar zum Ausschluß Menems aus der Argentinischen Menschenrechtsvereinigung APDH geführt, ansonsten hat es ihm offenbar nicht geschadet. Wie schon sein Vorgänger *Raúl Alfonsín* praktiziert er eine Politik des *Verzeihens mit den Militärs*. Dabei gebraucht er so griffige Bilder wie das von der neuen Seite im Buch der Geschichte, die jetzt aufzuschlagen sei, oder von den Verfehlungen, die ihren Platz im Beichtstuhl hätten und nicht in der öffentlichen Debatte.

Der „Fuchs“ Menem hält nichts vom großen Reinemachen. Offenbar hat er andere Wege gefunden, die Macht des Militärs zu beschneiden. Aus seiner Sicht gesehen, will er den Ex-Generälen nicht den Gefallen tun, sie durch schwere Strafen zu Märtyrern werden zu lassen. Sie sind amnestiert und können sich wie der erfolglose Kandidat der extremen Rechten, *Aldo Rico*, auch frei in der Politik betätigen. Stattdessen hat Menem im Zuge seiner allgemeinen Sparpolitik die Mittel für die früher so einflußreichen Militärakademien Zug um Zug gekürzt. Ohne viel Aufsehen zu erregen hat er damit eine der wichtigsten Bastionen der „Militärkultur“ des Landes unauffällig untergraben. Junge Männer mit Führungstalent strömen heute nicht mehr scharenweise in die Militärakademien, sondern in die Management Schulen der Wirtschaft. In weniger als einer Generation ist es gelungen, aus dem, was einst ein „Staat im Staate“ war, ganz normale Streitkräfte zu machen.

Wie sehr sich die einst abgehobene Stellung der Militärs in der Gesellschaft normalisiert hat, wurde auch bei der jüngsten Debatte über die Jahre der Diktatur deutlich, die kurz vor der heißen Phase des Wahlkampfes ein Marine-Offizier namens *Sollingo* auslöste. Er berichtete in aller Offenheit darüber, wie er in der Zeit des „schmutzigen Krieges“ politische Gefangene vom Leben zum Tode brachte: Man betäubte die Gefolterten, fesselte sie, lud sie in ein Flugzeug

und warf sie, mit Gewichten beschwert wie überzählige Katzen, aus großer Höhe ins Meer oder in die Mündung des Rio de la Plata.

Das Ungeheuerliche an diesen Enthüllungen war – neben dem schockierenden Inhalt – die Tatsache, daß ein Offizier Befehlsstrukturen, Praktiken und Perversitäten der Streitkräfte offenlegte. So etwas hatte es in Argentinien noch nicht gegeben. Derlei „Nestbeschmutzung“ ist nicht vorgesehen, der Korpsgeist regiert in den argentinischen Streitkräften wie in allen Armeen Lateinamerikas. Doch dann geschah das Unerwartete: Ein leibhaftiger General, *Martin Balza*, bekannte sich öffentlich vor der Presse zu seiner Mitschuld an den Menschenrechtsverletzungen der Diktatur und zeigte sich reumütig für das, was er und seinesgleichen getan hatten.

Reumütige in der katholischen Kirche

Mitschuld und Reue sind für die katholischen Bischöfe des Landes erstmals seit dem Ende der Diktatur zu beherrschenden Themen geworden. Auch dazu haben die Enthüllungen Sollingos beigetragen. Im Gefolge seiner Aussagen tauchte in der Presse sehr bald der Vorwurf auf, Militärgestirbte, aber auch höhere Ränge der Hierarchie, seien von den Generälen konsultiert worden, um eine möglichst „humane“ Form der Hinrichtung zu finden. Von da war es nicht mehr weit bis zum Vorwurf der *Mitwisserschaft* und der *Kollaboration*, der während des Wahlkampfes gegen Vertreter der Kirche erhoben wurde.

Eine der Aktivistinnen von der Gruppe der „*Madres del Plaza de Mayo*“ gab weiteres Salz in die Wunden und berichtete von einer denkwürdigen Demonstration des Jahres 1977. Die Mütter protestierten damals gegen das Verschwindenlassen ihrer Söhne, die Demonstration endete in einem Platzregen. Die völlig durchnäßten Frauen begehrt die in Buenos Aires versammelten Bischöfe zu sprechen und ihnen ihr Anliegen vorzutragen. Doch die zogen es vor, die Mütter im Regen stehen zu lassen – bis auf einen, der herauskam, um mit ihnen zu sprechen. Die bittere Pointe: Noch am Morgen des selben Tages hatten die Bischöfe bei den Generälen der Junta gespeist und mit ihnen aktuelle Probleme des Landes erörtert. Die Vorwürfe gipfelten in der öffentlich geäußerten Vermutung, der einstige Nuntius in Argentinien, *Pio Laghi*, habe von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gewußt und habe sie stillschweigend gebilligt.

Die anschließende Polemik in Presse und Fernsehen war eines der wenigen aufregenden Themen des Wahlkampfes. Allerdings vermied es die Hierarchie geschickt, sich zu überzogenen Reaktionen provozieren zu lassen. Die angegriffenen Bischöfe sowie der ehemalige Nuntius erinnerten an die zahlreichen Stellungnahmen der Kirche in der Zeit der Diktatur, die zwar vorsichtig, aber eindeutig gewesen seien. Ihre damalige Zurückhaltung rechtfertigte sie. Man habe auf den

diskreten Wegen der kirchlichen Diplomatie Hunderten von politischen Gefangenen das Leben gerettet und sie befreit. Tatsächlich ist die Rolle der katholischen Kirche während des „schmutzigen Krieges“ um einiges besser als ihr Ruf. Zwar äußerten zu Beginn der Diktatur die Bischöfe Verständnis dafür, daß die Militärs die öffentliche Ordnung in die Hand nahmen, die im Chaos der Straßenunruhen und des massiven Terrorismus unterzugehen drohte. Doch folgten schon bald vorsichtig mahnende und anklagende Stimmen in Hirtenschreiben und privaten Briefen an die Generäle. Darin bezeichneten die Bischöfe das häufig praktizierte Verschwindenlassen und die Folter als Mittel, die sich unter keinen Umständen rechtfertigen ließen. Die Stellungnahmen der Bischöfe wurden bereits 1984 dokumentiert in einem schmalen Band unter dem Titel „La Iglesia y los derechos humanos“, der jedoch in der öffentlichen Debatte bis heute weitgehend ignoriert wird.

Worte der Selbstkritik fand im Vorfeld der Frühjahrsvollversammlung des Episkopats eine Gruppe von fünf Bischöfen, darunter der Bischof von Morón, *Justo Laguna*. In einem gemeinsamen Kommuniqué stellen die fünf fest, die Kirche habe „nicht alles getan, was hätte getan werden können“, um die Menschenrechte zu verteidigen. Wesentlich deutlicher wurde am Rande der Vollversammlung der Bischof von Quilmes, *Jorge Novak*. Er bat erstmals öffentlich um Verzeihung für die Fehler der Kirche während der Diktatur. Wörtlich verlautete er: „Wir bitten um Vergebung für unsere Taubheit, für unsere Feigheit, für unsere Unterlassungen, für unser Mitwirken.“ In der gleichen Stellungnahme verteidigte Novak Ex-Nuntius Pio Laghi, der mittlerweile im Vatikan Präfekt der Kongregation für das vatikanische Bildungswesen ist. Dieser habe wesentlich mehr für die Freilassung politischer Gefangener bewirkt als irgendein anderer Diplomat in Buenos Aires. Laghi habe sich persönlich um viele Einzelschicksale gekümmert und auch den Vatikan über die Unterdrückung der Menschenrechte ständig auf dem laufenden gehalten.

Ein Volkskatholizismus alter Art

Beim Ad-limina-Besuch der argentinischen Bischofskonferenz im Juni schließlich wurde die Veröffentlichung eines gemeinsamen Schuldbekennnisses der argentinischen Bischöfe angekündigt, in dem allerdings auch die Verdienste der Kirche um die Menschenrechte während der Militärdiktatur genannt werden sollten. Mit diesem Schritt kommt ein Prozeß zum Abschluß, der im Episkopat offenbar schon lange garte. Alles in allem ist es überraschend, daß aus den Führungen von Militär und Kirche nachdenklichere Stimmen über die Vergangenheit zu hören sind als aus den politischen Parteien.

In der tagespolitischen Auseinandersetzung konzentrieren sich die Bischöfe auf die Verteidigung traditioneller katholischer Positionen in der Gesellschaft. Nachdem die Regie-

rung Alfonsín gegen kirchlichen Widerstand die zivile Scheidung durchgesetzt hat, rücken nun die Felder *Schulpolitik* (Sonderstellung der katholischen Schulen) und *Legalisierung der Abtreibung* in den Blickpunkt. In beiden Fragen hatte die Kirche in Menem bislang einen treuen Verbündeten. Der aus Syrien stammende einstige Moslem ist seit langem praktizierender Katholik, während seine Frau und seine Tochter islamisch blieben.

Druck gegen die kirchlichen Positionen könnte jedoch mittelfristig aus der städtischen Bevölkerung kommen, die mit wachsendem Konsum sich zunehmend an amerikanischen und europäischen Vorbildern orientiert. Vorerst aber finden die Bischöfe noch breite Zustimmung, wenn sie ein Festhalten am Verbot der Abtreibung fordern oder eine Beibehaltung des ausdrücklichen Bezuges auf Gott in Schulfächern wie Sozialkunde und Biologie. In vielem erinnert die kirchliche Praxis und die Volksfrömmigkeit an Klischees vom romanischen Volkskatholizismus vergangener Jahrzehnte. Selbst junge Menschen in der Großstadt bekreuzigen sich, wenn sie an einer Kirche vorbeigehen, Beichtstühle in den Kirchen werden reichlich frequentiert, Prozessionen und Wallfahrten sind echte Volksereignisse. Auch die Priesterseminare der Diözesen und der Ordensgemeinschaften haben einen – wenn auch gebremsten – Zulauf, von dem die Kirche in Westeuropa nur träumen kann.

Entsprechend selbstbewußt gibt sich Kirche im Dialog mit den politischen Parteien, den Gewerkschaften, der Presse. Selbst das allgegenwärtige *Sektenwesen* bereitet den Bischöfen offensichtlich kein großes Kopfzerbrechen. In Córdoba, der zweitgrößten Stadt des Landes, errichten derzeit diverse evangelikale Kirchen und Gruppen ein Predigerseminar, in dem die Missionare der Freikirchen für den gesamten Süden Südamerikas ausgebildet werden sollen – bislang wurden die Prediger und Pastoren per Fernstudium von einer Zentrale in Miami/Florida aus geschult. Eine Reaktion der katholischen Bischöfe darauf ist bislang ausgeblieben. Im Gegenteil: Kardinal Primatesta pflegt weiterhin den Dialog mit den unterschiedlichen protestantischen Kirchen. Sein Weihbischof *Roberto Rodriguez*, Sprecher der Bischofskonferenz in Sachen „Sozialpastoral“ sowie „Glaube und Kultur“, fordert allerdings neue Initiativen der Kirche in der Hochschul-Seelsorge, um vor allem die Abwanderungstendenzen innerhalb des studentischen Milieus stoppen zu können.

Auf politisch-sozialem Gebiet kündigte Rodriguez für die Zukunft eine kritischere Begleitung der Regierung Menem an. Nach der Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung müsse nun die soziale Abfederung der Marktwirtschaft im Mittelpunkt stehen. Die wachsende Arbeitslosigkeit – sie lag im Frühjahr mit zwölf Prozent weit über dem argentinischen Normalmaß – und die große Zahl von Armen in der argentinischen Provinz bieten genug Stoff für eine künftige Profilierung der Kirche als Anwalt der Schwachen am Rande einer prosperierenden Gesellschaft.

Ludwig Ring-Eifel